

Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW 16.
August, Dortmund

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.07.2020
Tagesordnungspunkt: AL Aktuelle Politische Lage

Antragstext

- 1 Die Corona-Pandemie beherrscht seit Monaten den Alltag in Nordrhein-Westfalen.
- 2 Hier fand einer der ersten großen Ausbrüche statt. Fast 50.000 Menschen haben
- 3 sich bisher mit dem Corona-Virus infiziert und über 1.600 Menschen sind in
- 4 diesem Zusammenhang verstorben. Monate lang konnten Kinder nicht in die Kita
- 5 oder zur Schule gehen. Viele Eltern, besonders Frauen, haben ihren Jahresurlaub
- 6 als Aushilferzieher*innen und -lehrer*innen verbracht. Hunderttausende
- 7 Nordrheinwestfäl*innen sind in Kurzarbeit oder haben ihre Arbeit verloren,
- 8 unzählige wirtschaftliche Existenzen sind gefährdet oder vernichtet. Der Betrieb
- 9 vieler Einrichtungen läuft immer noch eingeschränkt.

- 10 Deutschland und NRW sind im internationalen Vergleich relativ glimpflich durch
- 11 die erste Pandemie-Welle gekommen. Wir Grüne haben von Anfang an die strikten
- 12 Maßnahmen zur Eindämmung des Virus unterstützt. Was wir in vielen anderen
- 13 Politikbereichen seit Jahren fordern – Listen to Science – wurde zu Beginn der
- 14 Pandemie erfolgreich umgesetzt. Das hat viele Menschenleben gerettet und unser
- 15 Gesundheitssystem vor der Überforderung bewahrt.

- 16 Wir befinden uns immer noch mitten in der Pandemie. Bis ein Impfstoff oder
- 17 wirksames Medikament gefunden und verbreitet ist, wird uns die Eindämmung des
- 18 Virus noch viele Monate begleiten. Für uns Grüne steht an oberster Stelle, dass
- 19 wir das Virus so in Schach halten, dass die Infektionsketten vor Ort
- 20 nachvollziehbar bleiben und wir nicht nochmal ähnlich tiefgreifende Shutdown-
- 21 Maßnahmen wie im März und April brauchen. Das ist eine riesige Herausforderung
- 22 und stellt Politik vor schwierige Abwägungen, die Balance zwischen Gesundheits-
- 23 und Infektionsschutz auf der einen und der Einschränkung von Freiheit auf der
- 24 anderen Seite zu treffen. Leitfaden dafür muss ein wissenschaftlich fundiertes
- 25 Corona-Management sein, das dem Vorsorgeprinzip folgt, die Lebenssituation der
- 26 Schwächsten berücksichtigt und Bürger*innen sowie denen, die diese Politik
- 27 umsetzen, klar und transparent kommuniziert wird.

- 28 Zugleich wollen wir GRÜNE auch über das kurzfristige Krisenmanagement
- 29 hinausdenken, wollen Gelegenheiten nutzen, heute das Morgen zu gestalten. Die
- 30 Corona-Krise lässt uns vieles neu überdenken und anders machen. Wie wir
- 31 arbeiten, uns fortbewegen, lernen und miteinander leben – all das wird gerade
- 32 neu verhandelt. Wir Grüne treten bei der Kommunalwahl am 13. September dafür an,
- 33 Mut zu machen und Hoffnung auf ein besseres Morgen zu geben. Denn eine Rückkehr
- 34 zur „alten Normalität“ ist für uns nicht erstrebenswert. Viele Probleme waren
- 35 hier schon angelegt: soziale Ungleichheit und ein Bildungssystem, das diese noch
- 36 verschärft, der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen, eine schwache soziale

37 Infrastruktur, ungleiche Aufteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern
38 und ungleiche demokratische Teilhabechancen. Bei allem notwendigen,
39 kurzfristigen Krisenmanagement dürfen wir nicht vergessen: Wir haben jetzt die
40 Chance, langfristige politische Weichen für eine freiere und gerechtere
41 Gesellschaft zu stellen und für eine widerstandsfähige Wirtschaft, die mit der
42 Natur arbeitet statt gegen sie. Diese Chance wollen wir nutzen.

43 **Corona bekämpfen - vorsorgend, transparent,** 44 **verhältnismäßig und wissenschaftlich fundiert**

45 Unserem Ansatz, jetzt einen nachhaltigen Wandel zu gestalten, steht eine
46 Landesregierung gegenüber, die sich dem Mantra der schnellstmöglichen Rückkehr
47 in „Verantwortungsvolle Normalität“ verschrieben hat. Doch die Betonung liegt
48 bisher zu wenig auf dem Begriff der „Verantwortung“. Denn die darf weder auf die
49 Kommunen noch auf die einzelnen Bürger*innen abgewälzt werden. Wer öffnet, trägt
50 Verantwortung. Dafür, dass im Hintergrund alles getan wird, um Infektionsrisiken
51 klein zu halten, neue Infektionsketten früh zu erkennen und besonders gefährdete
52 Gruppen zu schützen. Dafür brauchen wir vor allem eine umfassende Teststrategie
53 mit mehr Tests in Schulen, Kitas, Pflegeheimen und Sammelunterkünften sowie in
54 potentiellen Hotspots wie Schlachthöfen, Betrieben der fleischverarbeitenden
55 Industrie und Logistikzentren. Nur so können Infektionsketten frühzeitig
56 unterbrochen werden und größere Infektionsausbrüche verhindert werden. Diese
57 Strategie bleibt die Landesregierung nach wie vor schuldig. Die Beibehaltung der
58 Maskenpflicht in Bus und Bahn, beim Einkaufen und immer dort, wo die notwendige
59 physische Distanz nicht eingehalten werden kann, halten wir für ein
60 verhältnismäßiges Mittel zur Eindämmung von Neuinfektionen.

61 Wir setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die Öffnungen umsetzen - Schul- und
62 Kitaleitungen, Pflegeheime, kommunale Verwaltungen oder Unternehmer*innen
63 –genügend Zeit bekommen, sich auf veränderte Regeln einzustellen. Die Vorgaben
64 und Rahmenbedingungen müssen klar sein und die Landesregierung muss bessere
65 Unterstützung leisten. Von der Schulöffnung im Mai bis zum skandalösen Fall
66 Tönnies ist klar geworden, dass Laschets Öffnungspolitik bisher häufig übereilt
67 und unklar war. Wir Grüne stellen uns entschieden dagegen, wenn die Schuld für
68 die Konsequenzen eines schlechten Corona-Managements auf andere geschoben wird -
69 etwa auf aus Südosteuropa eingereisten Arbeitnehmer*innen in der
70 Fleischindustrie. Es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse, und deshalb
71 darf es auch bei Arbeits-, Gesundheits- oder Infektionsschutz keine doppelten
72 Standards geben, so wie es anscheinend jahrelang der Fall gewesen ist. Wer hier
73 arbeitet, ob mit deutschem, rumänischem oder bulgarischem Pass, hat den
74 Anspruch, vor Ausbeutung und Gesundheitsgefahren geschützt zu werden.

75 Wir streiten für eine veränderte Prioritätensetzung im Corona-Management. Armin
76 Laschets Öffnungspolitik war rhetorisch eine soziale, aber die Lockerungen waren
77 vor allem ökonomisch getrieben. Für Fußballspiele gab es früher Lösungen als für
78 Pflegeheime, Möbelhäuser hatten eine dringendere Priorität als
79 Kinderspielplätze. Vorkehrungen, damit auch Angehörige besonders gefährdeter

80 Gruppen ihre sozialen Grundbedürfnisse ausleben können, müssen in Zukunft im
81 Vordergrund stehen. Für Schulen und Kitas braucht es einen Plan B, damit bei
82 einer zweiten Pandemiewelle eine Alternative zu Totalschließungen besteht. Denn
83 die Corona-Krise darf nicht zur Bildungskrise werden. Viel zu lang hat die
84 Perspektive von Kindern und Familien im öffentlichen Krisenmanagement eine
85 untergeordnete Rolle gespielt. Bei der Schulöffnung haben wir uns früh dafür
86 ausgesprochen, den Fokus nicht auf Abschlussprüfungen, sondern auf pädagogische
87 Bedarfe zu legen. Nach den Sommerferien steht nun mit der flächendeckenden
88 Schulöffnung die nächste Bewährungsprobe an. Wir GRÜNE haben frühzeitig
89 gefordert, dass rechtzeitig Konzepte dafür entwickelt werden, dass möglichst
90 alle Schüler*innen wieder regelmäßig Präsenzunterricht in ihrer Schule erleben.
91 Wir haben dafür auch konkrete Vorschläge vorgelegt. Anders als die
92 Landesregierung setzen wir dabei aber nicht darauf, dass flächendeckend
93 Abstandsregelungen ausgesetzt werden und Unterricht im Vollbetrieb stattfindet –
94 in der Hoffnung, dass es schon gut gehen würde. „Das Prinzip Hoffnung“ ersetzt
95 keine verantwortliche Planung im Pandemiefall. Wir haben deshalb einen Plan B
96 vorgeschlagen: Wir brauchen zusätzliches Personal in Form von Lernbegleiteams
97 u.a. aus Lehramtsstudierenden und Pensionär*innen. Wir brauchen zusätzliche
98 Räumlichkeiten außerhalb der Schulen, z.B. in Vereinsheimen und
99 Kirchengemeinden. So kann der Unterricht in festen Kleingruppen organisiert
100 werden. Gleichzeitig brauchen wir eine Regeltestung von Schüler*innen und
101 Lehrer*innen. Und es braucht eine Strategie für den Einsatz digitaler
102 Lernplattformen. Alle Schüler*innen in NRW müssen mit digitalen Geräten und
103 Kompetenzen ausgestattet werden, damit in Zukunft gemischte Unterrichtskonzepte
104 ohne Benachteiligung einkommensschwächerer Gruppen möglich sind.

105 In NRW gibt es hunderttausende Selbstständige und kleine, mittlere Unternehmen.
106 Auch unter Ihnen sind tausende von der Krise hart getroffen, vor allen aus der
107 Veranstaltungsbranche, im Gastgewerbe, bei den Schaustellern oder
108 Kulturschaffenden. Es ist richtig, dass das Land und der Bund mit „Soforthilfen“
109 und Bürgschaften einen Beitrag leisten, drohende Insolvenzen zu verhindern und
110 damit die Vielfalt in unserer Wirtschaft, Kultur und dem Gastgewerbe zu
111 erhalten. Die Soforthilfen des Bundes gehen leider komplett an der
112 Lebenswirklichkeit vieler Soloselbständigen vorbei, da keine Kosten des
113 Lebensunterhaltes abgerechnet werden können. Obwohl die restriktiven Auflagen
114 für Großveranstaltungen verlängert wurden, ließ die Bundesregierung die davon
115 betroffenen mit ihrem Konjunkturpaket im Regen stehen. Inzwischen drohen für
116 viele, die das Bundesprogramm in NRW in Anspruch genommen haben, Rückzahlungen,
117 da die Landesregierung zu Beginn andere Voraussetzungen kommuniziert hatte.
118 Sollte es bei einer Rückzahlungspflicht bleiben, muss der Zeitraum der
119 Rückzahlung von Ende Dezember deutlich nach hinten geschoben werden,
120 möglicherweise bis zum Zeitpunkt, bis ein Impfstoff gefunden ist. Auf enormen
121 Druck u.a. durch GRÜNE hat die Landesregierung nachgesteuert und ein eigenes
122 kleines Hilfsprogramm zur Existenzsicherung aufgelegt, das allerdings mit so
123 vielen Hürden und Auflagen versehen wurde, dass es nur wenige in Anspruch nehmen
124 können. Wir erneuern unsere Forderung nach einem wirksamen Rettungsschirm für

125 Betriebe und Selbstständige, die unsere Innenstädte und das gesellschaftliche
126 Leben tragen: Hotellerie, Gaststätten, Einzelhandel und Kulturschaffende.

127 **Krisenprävention - Vorsorge als Prinzip**

128 Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen gut aufgestellten Katastrophenschutz. Das
129 haben die - zumeist ehrenamtlichen - Mitglieder von Feuerwehr, Technischem
130 Hilfswerk und Hilfsorganisationen auch in der aktuellen Corona-Krise wieder
131 einmal unter Beweis gestellt. Jetzt gilt es jedoch auch, wichtige Lehren aus der
132 Corona-Krise zu ziehen und eine bessere Vorsorge für die Zukunft zu betreiben.
133 Risikoanalysen für unterschiedliche Katastrophenszenarien müssen verpflichtend
134 sein. Und die Ergebnisse müssen von Bund, Ländern und Kommune dann auch
135 umgesetzt werden. Anhand der bereits in der Vergangenheit durchgeführten
136 Risikoanalysen gilt es jetzt zu bewerten, wie Nordrhein-Westfalen für etwaige
137 Krisen aufgestellt ist. Wir fordern die Landesregierung hierzu auf, eine
138 Kommission „Katastrophenvorsorge NRW“ einzusetzen und die Ergebnisse dann auch
139 entsprechend umzusetzen, beispielsweise, indem mehr krisenrelevante
140 Infrastruktur von Schutzausrüstung bis zu Krankenhauskapazitäten vorgehalten
141 wird. Jetzt ist auch die Zeit, die Rechtsgrundlagen zu schaffen, um im
142 Krisenfall Unternehmen in besonders krisenrelevanten Branchen in die Pflicht zu
143 nehmen. Kritische Infrastrukturen müssen verpflichtend ausreichend Vorsorge
144 betreiben, um im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen
145 Gütern und Dienstleistungen aufrecht erhalten zu können.

146 Während landesweit 59 Krisenstäbe in den Kreisen und kreisfreien Städten sowie
147 der Bezirksregierungen aktiviert sind, um alle Aktivitäten rund die Corona-Krise
148 zu koordinieren, ist und war während der gesamten Zeit ein Krisenstab nicht
149 aktiviert: Der Krisenstab der Landesregierung. Wir wollen, dass die staatlichen
150 Behörden im Krisenfall handlungsfähiger werden: Es muss klar sein, wer was zu
151 tun hat. Das darf nicht erst in der Krise geklärt werden. Die Kompetenzen
152 zwischen den Ressorts für den Krisenfall müssen klar geregelt werden. Wir
153 fordern außerdem die Einrichtung einer Zentralstelle beim Bundesamt für
154 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die den Informationsaustausch über
155 Ländergrenzen hinweg verbessern und - wenn nötig - ein einheitliches Vorgehen
156 insbesondere im Hinblick auf den Einsatz begrenzter Ressourcen absichern soll.

157 Katastrophenschutz baut auf Selbstschutz und Selbsthilfe auf. Ein vorsorgender
158 Staat unterstützt die Bevölkerung darin, sich selbst zu helfen. Deshalb wollen
159 wir, dass das Land gemeinsam mit den Organisationen im Katastrophenschutz ein
160 Aufklärungsprogramm auflegt, das die Selbsthilfefähigkeit verbessert - von
161 Erste-Hilfe-Kursen, (Online-)Trainings für passendes Verhalten in
162 Gefahrensituationen bis zur Aufklärung zum Vorteil von Bevorratung von
163 Lebensmitteln

164 Ohne die starke Bürger*innengesellschaft in NRW wären wir wesentlich schlechter
165 durch die Krise gekommen - von der spontanen Nachbarschaftshilfe bis zu den
166 großen Hilfsorganisationen haben wir ein Netz, das uns trägt und Sicherheit
167 gibt. Dieses Netz des freiwilligen Engagements wollen wir stärken - die

168 Feuerwehren, das technische Hilfswerk, die Hilfsorganisationen, aber auch kleine
169 Vereine und Initiativen. Wir wollen eine Ehrenamtsstrategie mit breiter
170 Beteiligung, um die Rahmenbedingung und die Unterstützung für Ehrenamt und
171 Engagement zu verbessern. Wir wollen die kontinuierliche Aus- und Fortbildung
172 erleichtern, Barrieren abbauen und die Vielfalt unserer Gesellschaft im
173 Engagement noch besser repräsentiert wissen.

174 **Corona bekämpfen - solidarisch in Europa**

175 Die Corona-Krise überstehen wir nur in einem starken, gemeinsam agierenden
176 Europa. Wenn in der Not Patient*innen aus Italien, Frankreich und anderen
177 Nachbarländern in NRW behandelt werden, lebt die Solidarität neu auf. Wir
178 begrüßen eine deutlich gestärkte europäische Zusammenarbeit im
179 Gesundheitsbereich, um vorhandene Ressourcen gemeinsam effizient zu nutzen,
180 damit Europa widerstandsfähiger aus der Krise hervorgeht. Europa-weit gute
181 Regeln ermöglichen auch uneingeschränkte Reisefreiheit und den Binnenmarkt, von
182 dem NRW im Herzen Europas besonders profitiert. Wer blind Grenzen schließt
183 gefährdet, was in Jahrzehnten der Zusammenarbeit erreicht wurde und lässt alte
184 Ressentiments aufleben. Wenn auf beiden Seiten gute Regeln herrschen, machen
185 Grenzsicherungen keinen Sinn. Wir Grüne setzen uns für europäische
186 Zusammenarbeit und offene Grenzen in Europa ein.

187 **Raus aus der Wirtschaftskrise - Green New Deal** 188 **für NRW**

189 Bei der Bekämpfung der Corona-Krise haben Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
190 Handlungsfähigkeit bewiesen. Unglaubliche Ressourcen wurden mobilisiert. Das
191 gleiche Engagement muss auch für die Bewahrung unserer natürlichen
192 Lebensgrundlagen gelten. Alle Investitionen müssen deshalb jetzt eine doppelte
193 Rendite haben: Für den Wiederaufschwung und für eine nachhaltigere, gerechtere
194 und widerstandsfähigere Gesellschaft. Der Weg aus der Krise muss vom
195 Leitgedanken der sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Teilhabe, der
196 Geschlechtergerechtigkeit, der Wahrung unserer planetaren Grenzen und der
197 Zukunftsfähigkeit getragen sein. Wir GRÜNE wollen jetzt die Chance ergreifen,
198 NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion in Europa umzugestalten und die
199 sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Erfolg
200 zu bringen. Wir wollen nicht weniger als ein grünes Wirtschaftswunder in NRW.
201 Jetzt ist der richtige Moment, den wir nutzen müssen. Wer diese einmalige Chance
202 vertut, wie die Bundes- und Landesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen und
203 dem Kohleausstiegsgesetz, fährt in Richtung Abstellgleis.

204 Mit Werkzeugen der Vergangenheit lassen sich die Weichen für die Zukunft nicht
205 stellen.

206 Auch das beschlossene Kohleausstiegsgesetz stellt nicht die richtigen Weichen.
207 Es ist vielmehr die einseitige Aufkündigung des Kohlekompromisses durch Bundes-
208 und Landesregierung. Der Kohleausstieg ist zu langsam und zu teuer. Schuld trägt

209 daran auch die Regierung Laschet, die RWE Geschenke in Milliardenhöhe gesichert
 210 hat – auf Kosten der Interessen der Menschen in den Tagebaurandkommunen und auf
 211 Kosten des Klimaschutzes. Ohne Begründung ließ sich der Ministerpräsident eine
 212 „energiewirtschaftliche Notwendigkeit“ des Tagebaus Garzweiler ins Gesetz
 213 schreiben. Es ist richtig, dass nun Verfassungsklage gegen das
 214 Kohleausstiegsgesetz geführt wird.

215 Für einen **Green New Deal in NRW** fordern wir:

- 216 • Die Landesregierung muss in einem **zweiten Konjunkturprogramm in eine**
 217 **klimatefreundliche, widerstandsfähige Wirtschaft in NRW investieren** – vor
 218 allem in den **öffentlichen Nahverkehr**, in den massiven Ausbau der Rad-
 219 Infrastruktur, in die Erneuerbaren Energien, in einen Sanierungssprung bei
 220 Gebäuden im Bestand, in die Digitalisierung, in regionale
 221 Wirtschaftskreisläufe und in die Dekarbonisierung der Industrie.
- 222 • Ebenfalls erforderlich sind **Investitionen in Sorge-Arbeit**. Professionelle,
 223 gut vergütete Pflege und Kinderbetreuung machen unsere Gesellschaft
 224 widerstandsfähiger, sozialer und lebenswerter und schafft langfristig
 225 Arbeitsplätze.
- 226 • **Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und eine inklusive, barrierefreie**
 227 **Gesellschaft müssen Richtschnur von Wirtschaftsförderung und öffentlichen**
 228 **Investitionen sein.**
- 229 • Wir wollen den entschlossenen Einstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren
 230 Energien in NRW. Deshalb brauchen wir endlich einen ordnungspolitischen
 231 Rahmen, der diese wirtschaftliche und klimafreundliche Chance unterstützt.
 232 Die Landesregierung darf insbesondere den **Ausbau der Windenergie in NRW**
 233 nicht länger ausbremsen.
- 234 • Damit NRW von den Chancen profitiert, die im **Europäischen Green Deal**
 235 stecken, müssen Bundes- und Landesregierung dafür sorgen, dass die Mittel
 236 auch wirklich in denjenigen Regionen ankommen, die am stärksten vom
 237 Strukturwandel betroffenen sind. Dazu gehören zweifelsohne das Rheinische
 238 Revier und das Ruhrgebiet, gerade hier muss die nachhaltige Transformation
 239 vorangetrieben werden. Die Mittel müssen für Investitionen in grüne
 240 Technologien, Um-, Nachschulung und Weiterbildung sowie die
 241 Wiederherstellung von durch Bergbau zerstörte Landschaft genutzt werden.
 242 Öffentliche Mittel kann es aber nicht für Leistungen geben, zu denen die
 243 Konzerne ohnehin gesetzlich verpflichtet sind, sondern nur für
 244 darüberhinausgehende Wiederherstellungsleistungen. Es ist ein grober
 245 Fehler, dass die Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz nicht für den
 246 Ausbau der Fahrradinfrastruktur eingesetzt werden können. Wir wollen, dass
 247 NRW Fahrradland Nr. 1 wird - sowohl für die Alltagsmobilität als auch für
 248 Freizeitaktivitäten.
- 249 • NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir bekennen uns zum
 250 Industriestandort NRW. Und genau deshalb fordern wir, **dass die**
 251 **Konjunkturprogramme auch als Transformationsprogramme angelegt sein**
 252 **müssen**. Sie müssen so ausgestaltet werden müssen, dass sie den sozial-
 253 ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen. Wir haben kein
 254 Interesse an der Deindustrialisierung unseres Landes. Der
 255 Industriestandort NRW wird auf Dauer nur eine Zukunft haben, wenn schon
 256 heute hier die klimafreundlichen Produktionsprozesse von morgen angelegt
 257 werden.
- 258 • **Eine Schlüsselindustrie für ein Grünes Wirtschaftswunder in NRW ist die**
 259 **Stahlbranche**. Doch die steckt tief in der Krise, die durch den Corona-

260 bedingten Einbruch in der stahlverarbeitenden Industrie noch verstärkt
 261 wird. Entschiedene Schutz-, Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen und
 262 verbindliche Umweltstandards beim Stahlimport der Europäischen Kommission
 263 sind jetzt notwendig, damit die Stahlbranche diese kritische Phase
 264 übersteht. Das bisher geplante Ausmaß der Unterstützung reicht allerdings
 265 bei weitem nicht aus, um der Stahlbranche in Europa eine Perspektive zu
 266 geben. Mittel- und langfristig hat nur eine klimaneutrale Stahlbranche in
 267 Europa eine Zukunft. Deshalb ist jetzt genau nicht der Zeitpunkt, über
 268 Lockerungen von Klimaauflagen zu sprechen. Vielmehr braucht die
 269 Stahlbranche Unterstützung im Transformationsprozess. Wir Grüne setzen uns
 270 gegenüber Landes- und Bundesregierung weiter für eine europäische
 271 Stahlstrategie ein mit dem Ziel, die europäische Stahlindustrie zum grünen
 272 Technologieführer zu machen. Kernelement dieser Stahlstrategie sollte ein
 273 ordnungsrechtlicher Rahmen sein, der neben einem CO₂-Mindestpreis auch
 274 Klimaverträge mit der Industrie beinhaltet. Sie sorgen dafür, dass sich
 275 eine Umstellung auf klimaneutrale Produktion lohnt und schaffen zudem mit
 276 Quoten für klimaneutralem Stahl langfristige Absatzmärkte.

277 • Für NRW ist auch die Chemieindustrie von überragender Bedeutung. Bisher
 278 beruht ihre Produktion überwiegend auf endlichen Rohstoffen, vor allem auf
 279 Erdöl. Viele Chemikalien sind belastend für unsere Gesundheit und die
 280 Umwelt. **Wir unterstützen eine Strategie für nachhaltige Chemikalien, deren
 281 Rohstoffbasis auf erneuerbaren Ressourcen und Kreislaufwirtschaft beruht.**
 282 Unser Ziel ist eine giftfreie Umwelt. Hohe Standards müssen für alle
 283 Chemikalien im europäischen Markt gelten. Nachhaltige Chemikalien müssen
 284 zur Basis eines neuen Investitionszyklus in der Chemieindustrie werden,
 285 damit nicht auch in dieser Schlüsselbranche Zukunftstechnologien anderswo
 286 entwickelt werden. Europa hat bei sauberer Chemie weltweit einen
 287 Vorsprung, davon kann NRW profitieren.

288 • Die katastrophalen Zustände in der Fleischindustrie in NRW kritisieren wir
 289 Grüne nicht erst seit dem Corona-Ausbruch. NRW bezieht einen großen Teil
 290 seiner Wertschöpfung aus einem System, das auf Dumping-Preise, Dumping-
 291 Löhnen und ständigen Verletzungen des Arbeitsschutzes basiert. Ein System,
 292 das auf Massentierhaltung beruht und die Arbeit der Bäuer*innen entwertet.
 293 Kurzfristig brauchen wir eine absolute Priorität beim Hygiene- und
 294 Arbeitsschutz sowie das Verbot von Werkverträgen und die
 295 Generalunternehmerhaftung. Mittel- und langfristig stehen wir GRÜNE dafür,
 296 wieder regionale Wertschöpfung im Lebensmittelbranche zu etablieren. Dazu
 297 gehören auch regionale Strukturen in der Schlachtbranche. Damit können wir
 298 auch Tiertransporte und Tierleid verringern und eine bäuerliche
 299 Erzeugerstruktur stärken. **Wir brauchen endlich Qualitätsprodukte mit
 300 Mehrwert statt Billigfleisch zu Dumpingpreisen.**

301 **Eine neue Teilhabegesellschaft mit und nach** 302 **Corona - sozial, ökologisch und demokratisch**

303 Die Corona-Krise betrifft uns alle, aber sie trifft manche härter als
 304 andere. Bestehende soziale Ungleichheiten wurden durch die Krise weiter
 305 verschärft und neue Schieflagen produziert. Gleichzeitig haben wir eine neue
 306 Wertschätzung für gesellschaftliche Solidarität und einen vorsorgenden und
 307 versichernden Sozialstaat erfahren. Dieser Solidargedanke muss auch die mittel-
 308 und langfristige Bewältigung der Pandemie prägen. Das bedeutet auch,
 309 Verteilungsfragen zu stellen – und gerecht zu beantworten, damit durch die Krise
 310 nicht von unten nach oben umverteilt wird.

311 Durch die Krise müsste endlich allen klar sein: Für einen schlanken Staat zahlen
312 wir am Ende eine dicke Rechnung. Kostenreduktion um jeden (gesellschaftlichen)
313 Preis muss dem Prinzip der Vorsorge weichen. Die Welle des Kaputtsparens der
314 Verwaltungen etwa in den öffentlichen Gesundheitsämtern oder im Arbeitsschutz
315 ging zu Lasten derer, die auf gut ausgestattete staatliche Infrastruktur
316 besonders angewiesen sind, weil sie sich nicht aus den öffentlichen Angeboten
317 herauskaufen können. Wir Grüne wollen aus dieser Krise die richtigen Schlüsse
318 ziehen, um gestärkt aus ihr hervorzugehen. Wir wollen eine Gesellschaft der
319 Vielen, in der jede*r ungeachtet des Geschlechts, der Herkunft oder anderer
320 Merkmale gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe erfährt.

321 **Teilhabe durch gute Gesundheitsvorsorge**

322 Dass wir im internationalen Vergleich gut durch die Krise gekommen sind, hat
323 auch damit zu tun, dass unsere öffentliche Daseinsvorsorge in zentralen
324 Bereichen nicht privatisiert und die Gesundheitsversorgung nicht komplett dem
325 Individuum auferlegt sind. Und dort, wo Vorhaltungskapazitäten zunächst fehlten,
326 war dies oft auf den gestiegenen Profitdruck im Gesundheitssystem
327 zurückzuführen.

328 Wir GRÜNE wollen das Gesundheits- und Pflegewesen aufwerten – das bedeutet eine
329 bessere Personalausstattung, höhere Löhne, mehr Reservekapazitäten, die
330 Rücknahme von Leistungsausgrenzungen und nicht zuletzt die Stärkung des
331 öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Profitorientierung im Gesundheitsbereich
332 muss enden. In der aktuell laufenden Diskussion um die Zukunft der
333 Krankenhausplanung setzen wir auf einen Ansatz vielfältig aufgestellter
334 Gesundheitsregionen, in denen Standorte mit Grundversorgung, solche mit
335 fachlicher Spezialisierung, die Möglichkeiten der Digitalisierung – Stichwort:
336 virtuelles Krankenhaus – und ein gutes Netz niedergelassener Ärzt*innen in einem
337 zukunftsfähigen Gesamtkonzept zusammengebracht werden. Oberster Maßstab ist für
338 uns die Versorgungssicherheit und ein an den Bedarfen der Menschen aufgestelltes
339 Gesundheitssystem, das in zentralen Bereichen den Kräften des Marktes und der
340 Profitorientierung entzogen ist.

341 **Teilhabe durch gute Arbeit und soziale Sicherheit**

342 Wie sehr wir alle von Erzieher*innen, Verkäufer*innen und speziell von Menschen
343 in den Gesundheitsberufen abhängen, wurde in der Krise deutlich. Die politische
344 Gunst der Stunde, diese als systemrelevant identifizierten Berufe auch
345 tatsächlich langfristig besser zu bezahlen und in den Schutz von Tarifverträgen
346 einzubeziehen, darf nicht verpasst werden. Die Stützen unserer Gesellschaft
347 dürfen nicht mit Applaus und Einmalzahlungen abgespeist werden. Ihre
348 Arbeitsbedingungen und ihre Entlohnung wollen wir durch Rahmentarifverträge und
349 höhere Branchenmindestlöhne strukturell verbessern, im Handel etwa über eine
350 Initiative zur Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeit der bestehenden
351 Tarifverträge. In der Pflege und im Sozial- und Erziehungsbereich verschärft
352 sich der Fachkräftemangel in den zunehmend hochqualifizierten Tätigkeiten immer
353 weiter. Personalgewinnung kann in diesen Bereichen nur mit entsprechend guter

354 Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen gelingen. In vorrangig von Männern
355 ausgeübten Berufen mit vergleichbarer Qualifizierung sind die Löhne deutlich
356 höher. Wir streiten für gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit!
357 Dabei geht es auch um eine generelle Neubewertung von (Care-)Tätigkeiten.

358 Mit dem Abflauen der ersten Pandemie-Welle ist ein guter Zeitpunkt gekommen,
359 Home-Office bzw. mobiles Arbeiten politisch verbindlich zu gestalten. Die
360 Erfahrungen aus der Krise haben das Potenzial für Umwelt, Klima, eine
361 Verkehrswende und mehr Zeit für die Familie aufgezeigt. Hier können wir die
362 Chancen des digitalen Wandels nutzen. Wir setzen uns für ein Recht auf Home-
363 Office in allen Tätigkeitsfeldern und Bereichen, wo dies möglich ist. Dabei muss
364 klar sein: Home-Office ist kein Ersatz für Kinderbetreuung. Arbeitnehmer*innen
365 müssen mit klaren, an neue Arbeitsmodelle angepasste, aber nicht weniger
366 restriktiven arbeitsrechtlichen Regelungen vor einer Entgrenzung von Privatem
367 und Beruflichen geschützt werden. Zudem muss es verlässliche Regelungen im
368 Rahmen der Arbeitsstättenverordnung geben, damit der Gesundheitsschutz auch im
369 Home-Office gewährleistet ist. Weiterhin müssen wir Arbeitnehmer*innen wirksam
370 vor Überwachung und Verletzung ihrer Privatsphäre über digitale Geräte im Home-
371 Office schützen.

372 **Teilhabe durch demokratische Mitsprache**

373 Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der demokratische,
374 gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht. Es geht um nichts
375 weniger als die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Dafür treten wir GRÜNE
376 seit langem ein. Beteiligungsmöglichkeiten müssen gestärkt werden, etwa durch
377 zufallsgeloste Bürger*innenräte auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis
378 zur EU. Wir werden die Möglichkeit der Digitalisierung für wirkmächtige,
379 demokratische und partizipative Prozesse nutzen, demokratische Mitbestimmung in
380 Schulen und Betrieben ausweiten und dafür sorgen, dass sich die Vielfalt unserer
381 Gesellschaft, insbesondere unserer Einwanderungsgesellschaft, besser in unseren
382 Parlamenten abbildet. Wir GRÜNE NRW wollen als Partei einlösen, was wir für die
383 ganze Gesellschaft fordern: strukturelle Diskriminierung mit strukturellen
384 Änderungen zu beantworten. Wir bekennen uns zu der von der AG Vielfalt des
385 Bundesverbandes von BÜNDNIS/90DIE GÜNEN entwickelten Instrumenten:
386 Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt als verpflichtendes Satzungsziel, das
387 regelmäßig evaluiert wird; Empowerment über Mentoring und andere Programme sowie
388 Institutionalisierung der Ziele über entsprechende Strukturen in unserer Partei.

389 **Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**

390 Kinder und Jugendliche sind von der Corona-Krise am stärksten betroffen und
391 müssen am längsten mit den politischen Entscheidungen von heute leben. Sie haben
392 aber kaum politisches Mitspracherecht. Wir Grüne unterstützen junge Menschen
393 dabei, echte Mitspracherechte und Beteiligung zu erstreiten. Es ist höchste
394 Zeit, dass Bund und Länder das Wahlalter für alle Wahlen auf 16 absenken. Wir
395 setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Kitas, Schulen und in den
396 Städten und Gemeinden dauerhaft mehr Mitspracherechte erhalten. Kinder und

397 Jugendliche brauchen auch mehr Platz und (Frei-)Räume in unseren Städten und
398 Gemeinden – auf öffentlichen Plätzen, im Straßenverkehr, in Jugendzentren und
399 durch mobile Angebote. Und Kinder und Jugendliche brauchen eine bessere
400 finanzielle Absicherung. Deshalb streiten wir für eine Kindergrundsicherung. Mit
401 den erhöhten Hygienebedingungen, die den Besuch der Kita oder Schule schon mit
402 einem leichten Schnupfen ausschließen, werden viele Kinder absehbar häufiger zu
403 Hause betreut werden müssen– deshalb streiten wir weiter für ein Corona-
404 Elterngeld.

405 **Teilhabe durch Gleichberechtigung**

406 Die Corona Krise ist zu einer Krise der Frauen geworden. Deutlich mehr Frauen
407 als Männer verlieren durch die Krise und aufgrund der Ausrichtung der
408 Konjunkturpakete auf traditionell männerdominierte Branchen ihre Jobs.
409 Gleichzeitig leisten sie noch mehr Care-Arbeit von Pflege über Haushalt und
410 Erziehung, die durch den Wegfall staatlicher Leistungen anfällt. Weibliche
411 Stimmen fehlen dadurch im öffentlichen Diskurs. Frauen dürfen nicht zu den
412 Verliererinnen der Krise werden. Wir brauchen mehr Frauen in verantwortlichen
413 Positionen im Krisenmanagement und auf allen
414 Entscheidungsebenen. Konjunkturmittel müssen mindestens hälftig explizit bei
415 weiblichen Beschäftigten und von Frauen geführten Unternehmen ankommen und das
416 Leben von Frauen verbessern. Dafür braucht es vorausschauende Planung durch
417 Gender-Folgeabschätzung vor Einsatz der Mittel aus den Konjunkturpaketen sowie
418 wirksame Kontrolle mittels Gender Budgeting. Programme, die der strukturellen
419 Benachteiligung von Frauen entgegenwirken– von Quotierung in der Wirtschaft und
420 auf dem Arbeitsmarkt über den Ausbau von Betreuungsinfrastruktur bis hin zu
421 Programmen, die im Bildungsbereich ansetzen – müssen in der Krise ausgebaut und
422 verstärkt werden. Alleinerziehende und von Mehrfachdiskriminierung Betroffene,
423 etwa aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder einer Behinderung, sind von der
424 Krise häufig besonders stark betroffen und müssen deshalb auch besonders in den
425 Fokus dieser Maßnahmen rücken.

426 **Teilhabe durch Vorsorge**

427 Deutschland lebt seit Jahrzehnten von seiner Substanz, was die Infrastruktur
428 betrifft.. Das sehen wir jetzt überdeutlich bei Gesundheitsämtern,
429 Arbeitsschutzbehörden, der hygienischen Ausstattung von Schulen oder dem
430 öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere Kommunen brauchen einen Rettungsschirm,
431 müssen mit der Hilfe von Bund und Land von ihren Altschulden befreit und in die
432 Lage versetzt werden, Vorsorge durch eine funktionierende Infrastruktur zu
433 leisten. Vorsorge und Krisenfestigkeit müssen auch leitende Prinzipien der
434 Wirtschaftspolitik werden. Viele Unternehmen in Europa sind zu stark auf globale
435 Lieferketten und einzelne Zuliefer(länder) angewiesen, selbst bei essentiellen
436 Gütern wie Medikamenten und Gesundheitstechnik. Das macht unsere Wirtschaft und
437 unsere Versorgung verletzlich. Europa und Deutschland brauchen eine
438 Pandemiewirtschaft für lebensnotwendige Güter und müssen mehr auf regionale
439 Wirtschaftskreisläufe setzen.

440 **Teilhabe durch Digitalisierung**

441 Mit der Pandemie haben wir einen Schub der Digitalisierung in unseren Alltag
442 erlebt. Was sich durch Corona ungeplant entwickelt hat, muss jetzt politisch
443 gestaltet werden und mit Datensouveränität und zeitgemäßem, modernen
444 Arbeitsrecht in Einklang gebracht werden. Spätestens seit Corona ist ohne Zugang
445 zur digitalen Welt Teilhabe an unserer Gesellschaft unmöglich geworden. Das
446 bedeutet zum einen: Schnelles Internet an jeder Milchkanne ist Teil der
447 Daseinsvorsorge. Und ohne digitales Know-How, Internetanschluss und Endgeräte
448 werden nicht nur Schüler*innen abgehängt, sondern auch gerade ältere Menschen
449 und Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Sie brauchen Unterstützung, damit
450 Digitalisierung soziale Ungleichheiten nicht weiter verschärft. Wir brauchen
451 deshalb auch einen Digitalpakt für die Sozialwirtschaft, um Angebote durch die
452 Krise hindurch und auch danach aufrecht zu erhalten.

453 Die Corona-App hat gezeigt, dass Datensicherheit und -sparsamkeit mit digitalem
454 Fortschritt Hand in Hand gehen können. Das führt zu einer hohen Akzeptanz der
455 App, auch im internationalen Vergleich. Hier liegt für uns die Zukunft der
456 Digitalisierung made in NRW. Allerdings zeigt sich auch bei der Corona App, dass
457 wir die digitale Teilhabe barriereärmer gestalten müssen. Viele Menschen in
458 unserem Land können die App nicht nutzen, da ihre Smartphones nicht den neuesten
459 Standards entsprechen.

460 Dem Einzelhandel droht durch die Corona-Krise eine Pleitewelle und gleichzeitig
461 eine noch größere Konzentration auf einige wenige Online-Händler. Weder Bundes-
462 noch Landesregierung haben eine Antwort auf diese Prozesse, die durch Corona
463 lediglich beschleunigt werden. Wir brauchen dringend mehr Förderung für die
464 Digitalisierung des Einzelhandels und Maßnahmen, um Leerstand und Verödung von
465 Innenstädten und Dörfern zu verhindern. Die Bundesregierung muss die EU-
466 Ratspräsidentschaft für eine faire europäische Besteuerung der Internetriesen
467 nutzen.

468 Die Digitalisierung kann die Energiewende voranbringen, sie kann uns neue Wege
469 aufzeigen, Energie und Ressourcen zu sparen, unsere Umwelt und Arten zu schützen
470 und kann den Beschäftigten mehr Freiheitsgrade – und nicht mehr Druck – in der
471 Arbeitswelt verschaffen, der Selbstbestimmtheit der Einzelnen dienen. Nichts
472 davon geschieht aber von allein. Digitalisierung ist das Werkzeug, eine
473 Nachhaltigkeitsgesellschaft das Ziel.

474 **Zukunft entscheidet sich hier - mit** 475 **Gestaltungsfreude und Zuversicht in die** 476 **Kommunalwahl**

477 Wir Grüne treten bei bei der Kommunalwahl am 13. September dafür an, Mut zu
478 machen und Hoffnung auf ein besseres Morgen geben. Damit fangen wir dort an, wo
479 der Alltag stattfindet: in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Denn Zukunft
480 entscheidet sich hier.

481 In den Kommunen gestalten wir heute das Morgen:

- 482 • Mit einer **Neuaufteilung des öffentlichen Raums** – für Fußgänger*innen,
483 Radfahrer*innen und spielende Kinder, für genügend Raum zum Abstandhalten
484 und für zusätzlichem Platz für Gastronomie und Kultur. Andere europäische
485 Städte und auch Berlin machen es vor. Mit autofreien Innenstädten wie in
486 Brüssel, den zahlreichen Pop-Up Bikelanes in Berlin und den Gastro-Meilen
487 wie in Wien wurde städtischer Raum in der Coronakrise neu verteilt. Städte
488 in NRW waren nicht so mutig und erhielten für ihre Überlegungen auch
489 keinerlei Unterstützung durch die Landesregierung.

- 490 • Mit einer **sozialen und ökologischen Stadt- und Gemeindeentwicklung** stärken
491 wir den Zusammenhalt. Wir wollen Stadtviertel und Gemeinden so gestalten,
492 dass Jung und Alt gut und selbstbestimmt zusammenleben: lebendige
493 Quartiere, belebte Plätzen und Ortschaften der „kurzen Wege“ und ohne
494 Barrieren. Wir sorgen dafür, dass Orte ihre Identität bewahren, verhindern
495 Wildwuchs und Flächenfraß und schaffen Raum für zukunftsweisende Ideen
496 beim Bauen und Stadtentwicklung entsteht.

- 497 • Wir wollen **bezahlbares Wohnen für Alle**. Besonders in den Regionen NRWs mit
498 wachsender Bevölkerung brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir sorgen
499 dafür, dass die Menschen dort wohnen können, wo sie leben möchten.
500 Kommunen müssen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil
501 mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den sozialen
502 Mietwohnungsbau investieren. Statt Mieterrechte in der Pandemiezeit zu
503 stärken, hat die Landesregierung seit dem 1.7. mit Inkrafttreten der
504 sogenannten „Mieterschutzverordnung“ den Mieterschutz in NRW massiv
505 runtergefahren. In nur noch 18 statt bislang 59 Städte greift die
506 Verordnung, Städte mit einem hohen Mietendruck wie Bielefeld oder Aachen
507 sind herausgefallen. Diese Fehlentscheidung werden wir Grüne in
508 Regierungsverantwortung rückgängig machen. Wir wollen kommunale
509 Wohnungsbaugesellschaften stärken, eine sozial gerechte Bodennutzung
510 vorantreiben und in Bebauungsplänen eine verbindliche Quote für sozialen
511 Wohnungsbau festschreiben. Wir GRÜNE unterstützen Baugruppen,
512 Genossenschaften und alternative, gemeinschaftliche Wohnformen, die
513 preiswert Wohnraum schaffen.

- 514 • Wir wollen in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen ein
515 **klimafreundliches, attraktives, bezahlbares und bedarfsgerechtes**
516 **Mobilitätsangebot** schaffen, mit dem alle bequem und stressfrei zum Ziel
517 kommen. Eines, dass die Umwelt schützt und für mehr Lebensqualität in
518 unseren Orten sorgt. In mittleren und großen Städten NRWs wollen wir
519 mittelfristig autofreie Innenstädte. Dafür brauchen wir vor allem ein
520 besseres und attraktiveres Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel,
521 sichere und komfortable Infrastruktur für Fahrräder und Pedelecs,
522 CarSharing- Angebote und eine gute Vernetzung aller Verkehrsmittel. Wir
523 wollen flächendeckend ein Mindestangebot etablieren von stündlichen, in
524 Großstädten halbstündlichen, Anbindungen mit Bus, Bahn oder Ruftaxi -
525 wochentags mindestens von 05:30 bis 23:30 Uhr. Die Kommunen sind dabei
526 durch entsprechende Förderprogramme finanziell zu unterstützen. Wir GRÜNE
527 machen NRW zum Fahrradland Nr. 1. Dafür wollen wir in den Städten und
528 Kreisen mehr in Sicherheit, Qualität und Attraktivität des Radverkehrs
529 investieren. Mit Radwegkonzepten und Radverkehrsbeauftragten in den
530 Kommunen werden wir dem Thema einen höheren, angemessenen Stellenwert
531 geben.

- 532 • Wir GRÜNE stehen für **den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen**, für
533 den Schutz der Natur und unserer Artenvielfalt. Wir treiben ökologisches
534 Wirtschaften voran. Wir fördern Klimaschutz im Kleinen, der Großes

535 bewirkt. Wir fördern einen neuen Umgang mit Flächen: Die Potentiale von
536 Flächenrecycling wollen wir ausschöpfen, um den Verbrauch neuer Flächen zu
537 reduzieren und ökologische und wirtschaftliche Interessen in Einklang zu
538 bringen. Die Lebensräume lokaler Tier- und Pflanzenarten schützen und dazu
539 Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotope besser
540 vernetzen. Kommunale Flächen, Wälder und Gewässer sollen umweltverträglich
541 und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir setzen uns für eine
542 Landwirtschaft im Einklang mit der Natur ein und arbeiten dazu
543 partnerschaftlich mit allen Landwirt*innen zusammen. Wir wollen mehr Dach-
544 und Fassadenbegrünung ermöglichen, um auch hier Lebensräume zu öffnen. Mit
545 kommunalen Biodiversitätsstrategien und Freiflächenkonzepten zum Schutz
546 der Arten werden wir vor Ort neue Lebensräume schaffen.

- 547 • Wir stehen für **soziale Städte und Gemeinden** mit einer starken
548 Infrastruktur. Die Pandemie macht den Wert der Daseinsvorsorge deutlich
549 und zeigt, wie wichtig Reservekapazitäten sind. Wir wollen ein
550 flächendeckendes Netz der Gesundheitsvorsorge und starke soziale
551 Einrichtungen. Wir setzen uns für die Integration von Geflüchteten ein und
552 streiten dafür, dass Kultur und Sozialleistungen der Krise nicht zum Opfer
553 fallen.
- 554 • **Wir nehmen ernst, wem die Zukunft gehört - Kinder und Jugendliche.** Sie
555 sind diejenigen, die am längsten mit den Folgen der Entscheidungen von
556 heute leben werden. Wir schaffen mehr Beteiligung, mehr Platz und mehr
557 Unterstützung für Kinder und Jugendliche in unseren Städten und Gemeinden.

558 Unsere Städte brauchen Gestaltungsspielraum. Gerade in der Corona-Krise zeigt
559 sich, wie wichtig handlungsfähige Kommunen sind. Gleichzeitig steigen die
560 krisenbedingten Ausgaben, z.B. in den Gesundheitsämtern oder kommunalen
561 Krankenhäusern. Die Fixkosten, etwa für den Betrieb von Kitas, Museen, Theatern,
562 Bibliotheken oder des ÖPNV, bleiben weitestgehend bestehen. Die Einnahmen aus
563 Gebühren und Eintrittsgeldern gehen dagegen stark zurück oder bleiben komplett
564 aus. Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle werden die Kommunen hart
565 treffen, wie etwa bei der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle

566 Die Entlastung der kommunalen Haushalte über die stärkere Übernahme der Kosten
567 der Unterkunft durch den Bund ist schon lange grüne Forderung, kann aber nur ein
568 erster Schritt sein. **Wir sehen Bund und Länder in der Verantwortung die Kommunen
569 bei der Bewältigung der Altschuldenproblematik zu unterstützen.** Die Bundes- und
570 die Landesregierung kneifen bei der Altschuldenfrage weiterhin. Wir brauchen ein
571 zweites Landeskonjunkturpaket, in dem endlich eine Lösung zur Entschuldung der
572 Kommunen gefunden wird. Damit es überall in NRW genug Geld für Schwimmbäder,
573 Büchereien und attraktive Spielplätze gibt.